DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Viertes Gespräch am Kamin

Helmut Schmidt

Deutschland
Polen
Europa

22. April 2008
Hamburg, Goßlerhaus

Viertes Gespräch am Kamin

22. April 2008
Hamburg, Goßlerhaus

Dieter Bingen im Gespräch mit

Helmut Schmidt

Bundeskanzler von 1974 bis 1982

Deutschland – Polen – Europa

Mit einer Einführung
von Rita Süssmuth

Dokumentation

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Begrüßung

Ich begrüße Sie zum Vierten Kamingespräch des Deutschen Polen-Instituts, heute im Goßlerhaus. Ganz besonders herzlich begrüße ich heute Abend natürlich unseren Gesprächspartner, Herrn Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, den ich nach Vereinbarung nur einmal »Herr Bundeskanzler« nennen darf und dann mit dem bürgerlichen Namen, Herrn Schmidt. Um bereits in den ersten Sätzen eine kleine persönliche Note dazu zu geben, mit Herrn Schmidt verbindet mich auch ein kurzes Arbeitsverhältnis. Er hat meinen Arbeitsvertrag vor neun Jahren seinerzeit als Präsident des Deutschen Polen-Instituts unterschrieben. So bin ich dann kurze Zeit auch sein Angestellter gewesen.

Namentlich, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich herzlich willkommen heißen den Direktor der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten im Büro des Premierministers der Republik Polen, Herrn Professor Miszczak, den französischen Generalkonsul, Herrn Tutin, den Leiter des polnischen Generalkonsulats in Hamburg, Herrn Paczkowski, als Botschafterin von Hessen-Darmstadt die ehemalige Wissenschaftsministerin Frau Wagner, als Repräsentanten großer deutscher Stiftungen, die sich für die Verständigung mit Polen engagieren, den Kuratoriumsvorsitzenden der Robert Bosch Stiftung, Herrn Dr. Liedtke, und Frau Liedtke, den geschäftsführenden Vorstand der Deutschen Nationalstiftung, Herrn Reimers, und Frau Reimers, den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Körber-Stiftung, Herrn Dr. Wehmeier, und ganz besonders Herrn Dr. Baumanns von der ZEIT-Stiftung, mit deren großzügiger Unterstützung und Zusammenarbeit wir zu diesem Gespräch heute Abend einladen konnten.

Darüber hinaus zeigt die ZEIT-Stiftung ihre fortwährende Unterstützung innovativer und nachhaltig wirkender Instrumente wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit der Förderung einer deutsch-polnischen Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts in den nächsten drei Jahren. Last but not least begrüße ich ganz herzlich Frau Professor Süssmuth, heute insbesondere als Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, da wir ja, liebe Frau Süssmuth, als Gastgeber der heutigen Veranstaltung uns nicht selbst begrüßen können und ich Sie nicht als Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts willkommen heißen darf. Ich darf Sie aber herzlich bitten, jetzt in diesem Kreis einige Worte zu sagen. Ich wünsche Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, einen interessanten Abend.

Prof. Dr. Dieter Bingen
Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Einführung

Herr Altbundeskanzler, sehr verehrte Gäste! Unser Direktor hat Sie ja schon begrüßt, und ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Ich freue mich auf den Abend mit einer Anspannung und auch mit einer Erwartung, die Sie wahrscheinlich mit uns teilen können. Es ist ein besonderer Abend. Es heißt so einfach »Viertes Kamingespräch«, aber wir haben uns außerordentlich gefreut, als wir die Zusage von Herrn Schmidt bekamen. Denn vielleicht entgegen mancher Verdrehung in der Öffentlichkeit bezüglich der Rolle des damaligen Bundeskanzlers und auch der Wahrnehmung von Helmut Schmidt im deutsch-polnischen Verhältnis vor Übernahme der Kanzlerschaft ist es einfach wichtig, noch einmal unmittelbar zu hören, wie er »es« gesehen hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang als seine späte Nachfolgerin im Deutschen Polen-Institut daran erinnern, dass er von 1995 bis Ende 1999 Präsident des Deutschen Polen-Instituts war, das in den 1980er Jahren seine Arbeit aufgenommen hatte. Wir tun manchmal so, als hätten die deutsch-polnischen Beziehungen, auch die institutionalisierten Beziehungen, erst nach 1989 begonnen. Das ist wirklich nicht der Fall. Deswegen möchte ich ein paar Kernstellen herausgreifen, die wichtig sind, die auch immer wieder streitig bei uns sind. Ich komme gerade von einer Tagung in Leipzig, in der die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen erneut zum Thema gemacht worden ist, einschließlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. An dieser Stelle muss ich wirklich nochmals sagen – Herr Bingen hat es eben schon getan –, dass auch hier die eben genannten Stiftungen eine

ganz entscheidende Rolle spielen und auch publizistische Organe, die im Streit immer wieder die Wogen geglättet haben.

Wir können diesen Kaminabend ausfüllen in einer Zeit, in der wieder ganz neue Hoffnungen keimen und in der vieles von dem, was über die Jahre aufgebaut und gepflegt worden ist, sich wieder neu durchgesetzt hat. Wer die Regierungserklärung des jetzigen Ministerpräsidenten Tusk liest, der sieht, welch neuer Geist, welch anderer Geist das Land durchzieht, in welcher Weise aus der eher gespaltenen Nation wieder um ein Miteinander geworben wird, welche Rolle die Zivilgesellschaft spielt und in welcher Weise gerade auch der Europagedanke wieder Gestalt gewinnt.

Ein paar Worte noch: Daran haben auch die Pioniere einen großen Anteil. Ich erinnere in Hamburg auch an Gräfin Dönhoff und ihren großen Beitrag. Aber ich möchte am heutigen Abend insbesondere mit zwei Zitaten von Helmut Schmidt deutlich machen, wie wichtig die Entspannungspolitik war, gerade auch für die Wende – für mich war das keine Wende, sondern eine Freiheitsrevolution –, die ohne den KSZE-Prozess nicht möglich gewesen wäre. Ich hab' es unlängst wieder in Bratislava erlebt, in welcher Weise dieser Prozess, ich gehe nicht so weit zu sagen, eine Bedingung war, aber ohne diese Annäherung im Verhältnis zu einander wäre wahrscheinlich auch 1989 nicht möglich gewesen. Deshalb halte ich es für wichtig, dass man in der Politik auch immer wieder darüber nachdenkt: Wie waren eigentlich die Verhältnisse unter den Blockmächten der damaligen Zeit? Als die Bundesrepublik Deutschland bereit war, von 1969 bis 1975 an dem KSZE-Prozess teilzunehmen, gab es in den USA schon längst wieder eine andere Stimmung, nämlich dass dieser Prozess längst nicht so entscheidend sei, dass man nicht auf die geschwächte Sowjetunion setzen solle. Und auch im eigenen Land hatten wir einen heftigen Streit darum, ob man dem KSZE-Prozess folgen solle oder nicht – wahrscheinlich vor dem Hintergrund, den ich selbst dann als schwierig erlebte, der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die für mich so selbstverständlich war. Helmut Schmidt hat den Schritt schon 1969 getan.

Es gab auch kein Helsinki-Abkommen ohne einerseits den Korb III: Sicherheits- und Menschenrechte, und auf der anderen Seite die Anerkennung von Grenzen innerhalb Europas. Helmut Schmidt war es ein Anliegen, die Nachbarn Frankreich und Polen in ganz besonderer Weise zu pflegen.

Dazu möchte ich einfach zwei Zitate vortragen. Das eine können Sie in Helmut Schmidts Buch »Deutschland und seine Nachbarn« (1990) finden. Er sagt: *»Nur wenn Frankreich sich sicher fühlt, kann das deutsche Volk für sich eine sichere Zukunft schaffen. Auf keinen Fall«* – so fügt er hinzu – *»dürfen wir Deutsche Lösungen zustimmen, die von Frankreich oder Polen abgelehnt wurden. Kein Schritt, den wir Deutschen ergreifen, darf diese beiden wichtigen Nachbarn befremden oder erschrecken.«* Ich lasse dieses Zitat stehen, es wird wahrscheinlich zu diesem Thema nachher Stellung genommen. Ich möchte auch nochmals daran erinnern, wie sehr der damalige Bundeskanzler gerungen, sich bemüht hat, vor Eintritt des Kriegsrechts ein Eingreifen der Sowjetunion zu verhindern – manchmal muss man an diese Tatbestände erinnern, weil wir so vergesslich sind –, und damals auch mit der Kirche, sowohl mit Papst Johannes Paul II. wie mit Kardinal Glemp, Kontakt aufgenommen hat. Ich will daran erinnern, er war der erste deutsche Bundeskanzler, der Auschwitz im Jahr 1977 aufgesucht hat. Und so verstehen Sie, dass das Engagement auch am Deutschen Polen-Institut ein Teil seiner grundlegenden Verantwortungsethik in diesem Bereich ist. Ich schließe mit einem Zitat aus seinem Buch, in dem es heißt: *»Uns Deutschen kann es nur gut gehen, wenn es den Polen gut geht. Wir müssen lernen, uns in die schwierige Situation Polens einzufühlen und sie zu verstehen.«* Als ich dieses Zitat mit Blick auf heute noch mal gelesen habe, habe ich gedacht, das gehört zu der Diskussion der letzten Monate, an der sich nicht nur der Ministerpräsident Tusk, sondern vor allen Dingen auch Professor Bartoszewski und unser polnischer Botschafter in Deutschland, Prawda, beteiligt haben. Noch einmal: Danke, dass Sie gekommen sind! Wir sind in Erwartung des Gesprächs mit Ihnen, lieber Herr Schmidt!

Prof. Dr. Rita Süssmuth
Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Dieter Bingen: In der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren es von den insgesamt acht Kanzlern, die heute regierende Kanzlerin mitgerechnet, drei deutsche Regierungschefs, deren Lebensweg auf dem Höhepunkt ihrer politischen Macht im Kanzleramt in besonders herausragender Weise mit Polen verbunden war. Sie, Herr Schmidt, waren in der Abfolge der Kanzlerschaften der zweite, für den unser Nachbar Polen in der Außenpolitik – im gewissen Sinne auch im Rahmen der Deutschlandpolitik – eine ganz besondere Rolle spielte. Helmut Schmidt und Polen, das war in den Jahren der Kanzlerschaft zwischen 1974 und 1982 ein wichtiges Kapitel, ein schwieriges Kapitel. Es war die Zeit der ersten Phase der Entspannungspolitik, der KSZE und gleichzeitig auch der Krise der Entspannungspolitik im Zusammenhang mit Afghanistan und mit Polen 1980/81. Bevor ich aber, lieber Herr Schmidt, Sie zu den Themen befrage, die uns immer wieder im deutsch-polnischen Gespräch beschäftigen, möchte ich die Zeit weiter zurück drehen und auf die 1950er und 1960er Jahre zu sprechen kommen.

Helmut Schmidt, Willy Brandt , Helmut Kohl – diese drei Kanzler haben besonders die Verantwortung deutscher Politik nach 1945 gegenüber Polen, eine neue Politik der Verständigung gegenüber Polen eingeleitet und gegen Widerstände und Inkonsequenzen umgesetzt. Der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash sprach einmal davon, ich zitiere: *»Vergangene Schäden wiedergutmachen, Wunden heilen, bei Willy Brandt war dies eindeutig archetypisch, aber genauso eindeutig, in mancher Hinsicht vielleicht sogar noch deutlicher war dies bei jenen, die wie Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker an der Ostfront gekämpft hatten. Es war im wahrsten Sinne die Mission einer ganzen Generation.«* Sie, Herr Schmidt, haben Polen erstmals im Sommer 1966 besucht. Aber mit dem Land haben Sie sich früher schon beschäftigt, seit den 1950er Jahren. Und von Garton Ash ist angesprochen worden, dass es eine Generationenfrage sei.

Gab es eine ganz besondere Motivation, ein ganz besonderes Erlebnis, einen Gedanken, der Sie besonders für Polen sensibilisiert hat? In den 1950er Jahren wurde von der polnischen Regierung der Rapacki-Plan vorgestellt, benannt nach dem Autor und damaligen Außenminister. Sie waren immer schon für die sicherheitspolitischen Fragen in der Mitte Europas engagiert. Ich habe gelesen, dass Sie wahrscheinlich 1939 in Zabrze, in Hindenburg, stationiert gewesen sind und erstmals auch polnische Töne in dem damaligen deutschen Oberschlesien vernommen haben. Frage: Gibt es Hintergründe, die weiter zurück gehen als in die 50er Jahre?

Helmut Schmidt: Nein, solche Hintergründe gibt es eigentlich nicht mit der Ausnahme einer halbdeutschen und halbpolnischen Freundin, die ich in Zabrze hatte. Das war aber drei Jahre, ehe ich geheiratet habe. Was die 50er Jahre angeht, Herr Bingen, Sie haben Rapacki erwähnt. Es gab zwei Rapacki-Pläne nacheinander. Er hat nach einiger Zeit seine Gedanken noch ein bisschen anders formuliert. Die haben mich damals fasziniert, weil sie aus polnischem vitalem Interesse heraus letzten Endes versuchten, der Politik Schlussfolgerungen nahe zu legen, die ganz Europa zu Gute gekommen wären, wenn man sich die Vorschläge zu eigen gemacht hätte. Sie liefen darauf hinaus, auf beiden Seiten des sogenannten Eisernen Vorhangs die aufmarschierten Streitkräfte zu begrenzen, im Gleichgewicht zu begrenzen. Die Gleichgewichtsvorstellung war mir ungeheuer sympathisch. Das hat dazu beigetragen, dass ich dann 1960, 1961 ist es dann glaube ich erschienen, ein Buch über die Verteidigungsstrategie der NATO erarbeitet habe, die damals im Wesentlichen auf dem Prinzip der Androhung atomarer Vergeltung beruhte. Die sogenannten konventionellen militärischen Streitkräfte des Westens, also der NATO, waren damals zahlenmäßig den sowjetischen Kräften weit unterlegen, d. h. im Falle eines Zusammenstoßes hätten die damaligen sowjetischen Streitkräfte ganz Mitteleuropa aus dem Handgelenk überrennen können. Sich dieser zahlenmäßig entscheidenden Unterlegenheit bewusst seiend, drohte der Westen, für solchen Fall Moskau und andere sowjetische Städte mit atomaren Waffen zu vernichten. Das war Abschreckung durch Androhung atomarer Vergeltung.

Ich habe das damals mit eigener Kriegserfahrung, die Sie mit einem gewissen Recht erwähnt haben, für im Augenblick leider unausweichlich, aber in Wirklichkeit für einen tragischen Irrtum gehalten und habe dagegen angeschrieben. Und das hat natürlich auch dazu geführt, dass ich versucht habe, mich in die polnischen Befindlichkeiten zu versetzen. Das hat dann wiederum dazu geführt, dass ich mich, als ich mein Hamburgisches Senatorenamt losgeworden war, das war glaube ich 1965, dann

nächstes Jahr ins Auto gesetzt habe und Richtung Osten gefahren bin – übrigens mit der ganzen Familie an Bord – in einem kleinen Mittelklassewagen, einem Opel Rekord. Aber wir sind eben nicht nur nach Polen gefahren, sondern zunächst von Nürnberg nach Prag und haben in Prag eine Reihe von Bekanntschaften geschlossen. Von Prag über Breslau, damals schon Wrocław, nach Warschau und von Warschau nach Moskau, von Moskau nach Leningrad, heute St. Petersburg. Wir waren heilfroh, als wir auf finnischem Boden das erste Mal wieder ohne polizeiliche Beobachtung als freie Menschen angekommen waren.

Und aus jener Zeit in Warschau – die Warschauer Führung wollte von diesem jungen Abgeordneten, ich war damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Bundestag, die polnische Führung wollte mit diesem jungen Mann aus Deutschland nichts zu tun haben, und sie hat damals zwei Journalisten beauftragt, sich um mich zu kümmern. Der eine war ein Herr Wojna, der lebt nicht mehr, der andere war Rakowski, der lebt noch, der hat mich neulich besucht in Berlin, in meinen Augen einer der angenehmsten Gesprächspartner auf kommunistischer Seite, die ich im Laufe des Lebens kennen gelernt habe.

Also so ist diese Verbindung zu Polen zunächst zustande gekommen. Ich glaube, der Sejm-Marschall, ich habe vergessen, wer das war, hat sich auch um mich gekümmert, aber kein Minister.

Dieter Bingen: Aber Sie kamen damals, wenn ich den Aufzeichnungen von Herrn Lehmann glauben darf[1], aus Polen relativ ernüchtert und vielleicht enttäuscht zurück, weil seinerzeit, unter Gomułka, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre man gar keine Annäherung und auch nicht die Schritte, die Sie ja eingeleitet haben – auch innerhalb der SPD –, wahrnehmen wollte, sondern ein Feindbild auch unter dem Einfluss von Ulbricht aufrecht erhielt. Waren Sie im gewissen Sinne zu früh in Polen? Sie waren derjenige, der – und das wird heute sehr oft übersehen – innerhalb der SPD in der Mitte der 60er Jahre an der Entwicklung der neuen Ostpolitik und deren Grundlagen ganz entscheidend beteiligt gewesen ist, vielleicht sogar derjenige, der auf dem Dortmunder Parteitag 1966 eigentlich die entscheidenden Dokumente vorbereitet hat und sich damit auch die Freiheit, die Sie als Fraktionsvorsitzender hatten und die die Regierung und auch ein sozialdemokratischer Außenminister nicht hatte, genommen hat.

1 Hans-Georg Lehmann, Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984.

Sie sind damit eigentlich einer der Väter der neuen Ostpolitik gewesen, die so nicht wahrgenommen worden sind in der ersten Phase der Ostpolitik. Es war dann Willy Brandt und der von ihm im Dezember 1970 unterschriebene Warschauer Vertrag. Aber Helmut Schmidt ist derjenige gewesen, der eigentlich ganz bei der Konzeption gewesen ist und eigentlich derjenige, der über Jahrzehnte dann diese Politik auch in anderen Ämtern durchgeführt hat.

Helmut Schmidt: Also, Ihre historische Darstellung reizt mich nicht zum Widerspruch, mit einer kleinen Ausnahme. Ich war weder ernüchtert noch enttäuscht von Polen. Aber ich muss, wenn wir noch einen Augenblick bei der Historie bleiben, doch erzählen, dass ich – von Warschau aus nach Moskau fahrend – dort ganz anders wahrgenommen worden bin. Die haben sich interessiert. Es war immerhin Herr Semjonow, der sich mir stundenlang gewidmet hat, ich glaube drei Stunden. Der war schon vorher sowjetischer Hochkommissar in Ostberlin gewesen, später ist er dann mal Botschafter geworden in Bonn, zu der Zeit war er Leiter der Dritten Europäischen Abteilung, d. h. die für Deutschland zuständige Stelle des sowjetischen Außenministeriums. Ich werde es nie vergessen – er war ein raffinierter Mann, erfahren und mindestens zehn Jahre älter als ich, vielleicht 15 Jahre älter –, immer wenn er nicht wusste, was er sagen sollte, sagte er: *»Fahren Sie fort.«* Das hat er viele Male gesagt. Und ich bin darauf eingegangen.

Ich habe übrigens, natürlich, das war meine Angewohnheit in jenen Jahren, über diese ganze Reise und alle Gespräche einen Bericht geschrieben, den kriegte der damalige Außenminister, das war, wenn ich es richtig erinnere, Gerhard Schröder, nicht der jetzige Gerhard Schröder, sondern der damalige, der später dann Verteidigungsminister wurde zu der Zeit der großen Koalition. Gerhard Schröder war sehr interessiert, er war innerlich für das, was Sie eben neue Ostpolitik genannt haben, er war innerlich dafür aufgeschlossen, aber seine Parteifreunde überwiegend überhaupt nicht, und er war sehr vorsichtig, war auch im persönlichen Habitus kein Draufgänger, er hat also keinen öffentlichen Gebrauch von seiner Einstellung gemacht.

Dieter Bingen: Hatten Sie, Herr Schmidt, um nochmal kurz auf den Rapacki-Plan zurück zu kommen, hatten Sie sich auch öffentlich zu dem Rapacki-Plan geäußert?

Helmut Schmidt: Sicherlich in Bundestagsdebatten, ja, sicherlich 1958/59. Der erste Rapacki-Plan liegt etwas früher, aber das ist alles schon ein halbes Jahrhundert her. So genau weiß ich das jetzt nicht mehr.

Dieter Bingen: Aber kommen wir zurück auf die 60er Jahre und Ihre entscheidende Rolle bei der Formulierung der neuen deutschen Ostpolitik. Sie hatten dann in den 70er Jahren, nach 1974 eine andere Möglichkeit in einer Phase der Ernüchterung, die nach 1972 eingetreten war. Es gab neue Probleme im westdeutsch-polnischen Verhältnis. Der Warschauer Vertrag von 1970 hatte ja für die Phase der Schaffung der Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen nicht alle grundsätzlichen Probleme ansprechen können. Im Jahre 1970 konnte weder die Frage der sogenannten Familienzusammenführung noch die Frage von Rechten der deutschen Minderheit in Polen geklärt werden. Darüber konnte sicher nicht diskutiert werden. Aber es gab eine Frage, die ja zumindest in einem Protokoll zu dem Warschauer Vertrag angesprochen war. Das war die Ausreise von, so hieß es damals, Deutschstämmigen aus Polen. Dies ist ja ein Problem, eine Herausforderung gewesen für Sie, Herr Schmidt, in der Zeit Ihrer Kanzlerschaft 1974 bis 1982, vor allem in der Mitte der 70er Jahre im Zusammenhang auch mit dem KSZE-Prozess.

Es kam 1972/73, 1973/74 zu einer Erkaltung der bundesdeutsch-polnischen Beziehungen und dann im Jahr 1975 in Helsinki zu dem Akkord, zu der Vereinbarung, die von Ihnen gemeinsam mit dem seinerzeitigen

PVAP-Chef Edward Gierek auf den Weg gebracht worden ist. Das waren umfassende Vereinbarungen, die in Helsinki vorbereitet wurden, dann im Herbst 1975 auch die parlamentarischen Hürden bis Anfang 1976 nehmen mussten. Es gab ein Abkommen über die Renten- und Unfallversicherung, eine Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen in Höhe von 1,3 Milliarden DM, ein Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits in Höhe von 1 Milliarde DM, von dem wir heute noch indirekt profitieren durch die Gründung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit Anfang der 90er Jahre, in die die polnische Seite einen Teil der zurückzuführenden Mittel hinein gezahlt hat.

Nach dem KSZE-Gipfel in Helsinki wurde im Zusammenhang mit diesen finanziell relevanten Fragen ein Ausreiseprotokoll aufgesetzt, das eine große Einigung in den deutsch-polnischen Beziehungen brachte und eine sich entwickelnde Beziehung, die man vielleicht auch als eine politische Freundschaft mit dem seinerzeitigen Parteichef Edward Gierek bezeichnen kann. Darüber hinaus war Helsinki aber auch der Korb III, Frau Süssmuth wies darauf hin, über den Sie mitverhandelt haben, der für Sie ein wichtiger Punkt gewesen ist und der eine Dimension hatte, deren Folgen man nicht unbedingt absehen konnte.

Wie schätzen Sie die Bedeutung des Helsinki-Prozesses, abgesehen jetzt von den deutsch-polnischen Vereinbarungen in Helsinki, die Folgen des Helsinki-Prozesses und des Korbes III für die Entwicklung der demokratischen Opposition in Polen, in Osteuropa Ende der 70er Jahre langfristig ein? Dieser sogenannte »Helsinki-Prozess«, war der so von Ihnen gewünscht, erwartet oder gab es teilweise auch Folgen, die Sie mit ihrer destabilisierenden Wirkung so nicht nur nicht erwartet, sondern auch befürchtet haben?

Helmut Schmidt: Lassen Sie mich zunächst noch ein Wort sagen zu dem Abkommen mit der damaligen polnischen Führung, das die Ausreise von Deutschen aus Polen Richtung Westen ermöglicht hat. Wir haben dafür etwas über zwei, zweieinhalb Milliarden Mark, Sie haben das richtig geschildert, zur Verfügung gestellt. Sie haben den Namen Gierek erwähnt, und das liegt mir am Herzen, auch wenn vielleicht polnische Menschen in dieser Versammlung sitzen, es doch laut zu sagen. Ich weiß, dass das in Polen heute nicht besonders gerne gehört wird, was ich sagen will. Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Die beiderseitigen Außenminister hatten sich stundenlang – und Gierek saß dabei, und Schmidt

saß dabei –, stundenlang, hin und her, Argumente ausgetauscht, der eine behauptete: wir haben so viele Deutsche, die raus wollen, der andere sagte: nein, es sind nur so viele, und außerdem war in Wirklichkeit Polen in finanzieller Not. Und irgendwann hat der Gierek nachts um zwei zu mir gesagt: *»Pan Kanclerz, ich denke, wir müssen mal in den Garten gehen.«* Das war nachts um zwei. Da sind wir in den Garten gegangen. Und dann hat er gesagt: *»Pan Kanclerz, wir in Oberschlesien, wenn es euch Deutschen gut ging, waren wir alle Deutsche...«*

Dieter Bingen: Er sprach Deutsch?!

Helmut Schmidt: ... Ja, natürlich ... *»Und wenn es uns Polen gut ging, dann wart ihr alle Polen. So war das doch bei uns.«* Und er hat dann so geschildert, wie das in Oberschlesien war mit der teils deutschen, teils polnischen Bevölkerung, teils Mischehen und dergleichen. Das heißt, er hat ganz ehrlich geredet, und das hat sich mir tief eingeprägt. Das ist der Grund für die sogenannte Freundschaft zwischen Edward Gierek und mir gewesen.

Was nun Helsinki angeht, da fehlt in Ihrer Darstellung ein Punkt, nämlich der Umstand, dass die Amerikaner Helsinki überhaupt nicht wollten, und zwar insbesondere nicht in der Zeit des Präsidenten Richard Nixon. Henry Kissinger war der Sicherheitsbeauftragte, der Außenminister spielte keine große Rolle zu Zeiten von Nixon. Und dann kam im Laufe des Jahres 1974 Watergate und das Ausscheiden Nixons. An dessen Stelle trat Gerald Ford. Gerald Ford verstand von all diesen Problemen Europas nicht so furchtbar viel, aber er hatte sehr viel gesunden Menschenverstand und sehr viel menschliches Einfühlungsvermögen in die Situation zum Beispiel auch der Deutschen – er war offener als Henry Kissinger, der war inzwischen Außenminister und blieb außerdem Sicherheitsbeauftragter des Präsidenten. Henry war eigentlich gar nicht so sehr für Helsinki, aber Ford ließ sich bereden. Und der Korb III, von dem Sie gesprochen haben, war eigentlich das Instrument,

mit dem man die Amerikaner überzeugen konnte, nach Helsinki zu gehen.

Sie haben gefragt, welche Erwartungen ich mit dem Korb III gehabt hätte. Ich habe mir vorgestellt, dass die Tatsache – es war ja nicht einfach, den Korb III mit Moskau zu verhandeln, das hat ja Monate lang gedauert –, dass die Tatsache, dass Breschnew und Honecker und Novotný in Prag, dass die kommunistischen Führer mit ihrem Namen Korb III unterschreiben würden, dass das vielen Leuten in Moskau und vielen Leuten in Warschau und vielen Leuten in Prag nützen wird. Und tatsächlich hat es genützt. Also ich denke, Solidarność wäre ohne Korb III nicht zu Stande gekommen, die Charta 77 in Prag wäre auch nicht zu Stande gekommen. Es hat auch den oppositionellen Kräften in Moskau genützt.

Sie haben vorhin ein Wort gebraucht, das mich etwas irritiert hat. Sie haben gemeint, der Korb III hätte eine destabilisierende Wirkung gehabt, oppositionellen Kräften zu helfen, aber in einer Weise, dass es von der kommunistischen Führung in Moskau akzeptiert wurde. Der Breschnew hatte ja wirklich selbst unterschrieben. Ob Herr Gromyko damit einverstanden war, ob Herr Suslow damit einverstanden war, da habe ich so meine Zweifel. Aber der alte Herr hat es getan, und da mussten sie ja mitmachen. Tatsächlich ist eine destabilisierende Wirkung da, aber das war nicht die Absicht. Das ginge zu weit, das zu unterstellen.

Dieter Bingen: Sie sind demnach eher davon ausgegangen, und ein großer Teil der Politiker ist in den 70er Jahren im Zusammenhang mit dem Korb III davon ausgegangen, dass es in der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa eine Liberalisierung von oben geben würde, die dann größere Freiheiten auch für Oppositionelle bringen würde?

Helmut Schmidt: Also so ganz weit habe ich nicht gedacht. Man darf übrigens nicht vergessen, dass die Schlussakte von Helsinki natürlich auch einen Punkt enthielt, der der sowjetischen Führung, auch der polnischen Führung sehr am Herzen lag, nämlich die Festschreibung der Grenzen. Frau Süssmuth hat es vorhin erwähnt. Das ist der Grund dafür, dass die CDU/CSU wütend dagegen war. Gemeinsam mit Albanien hat die CDU/CSU im Deutschen Bundestag gegen Helsinki opponiert. Nicht alle waren derselben Meinung, Frau Süssmuth wahrscheinlich nicht und Richard von Weizsäcker nicht, und bei Barzel weiß ich es auch nicht, aber die Mehrheit war wütend dagegen, weil es in deren Augen ein Zugeständnis war. In meinen Augen war das ein dringend notwendiges Zugeständnis.

Dieter Bingen: Aber in diesem Punkt gab es ja auch ein »Aber«, eben mit der Einschränkung, dass mit friedlichen Mitteln und im gegenseitigen Einverständnis die Grenzen in Europa geändert werden können, und das war ja auch die Möglichkeit dann für die Deutschen in der Mitte Europas...

Helmut Schmidt: ...weil diese Klausel, die in Wirklichkeit keine Bedeutung gewonnen hatte – und das war vorherzusehen –, notwendig für Herrn Genscher war...

Dieter Bingen: ... oder für Deutschland?

Helmut Schmidt: Nicht wirklich. Dass man im Einvernehmen mit anderen Mächten die Oder-Neiße-Grenze noch aufheben würde, das hat niemand wirklich damals geglaubt.

Dieter Bingen: ... die Oder-Neiße-Grenze nicht, aber die deutsch-deutsche Grenze, und das war ja der Punkt, der es dann auch so schwer machte für die Osteuropäer, nicht?...

Helmut Schmidt: Die deutsch-deutsche Grenze war davon nicht betroffen. Es handelte sich um die deutsch-polnische Grenze. Es handelte sich um die polnisch-sowjetische Grenze. Es handelte sich auch um die Grenzen der Slowakei, also der damaligen Tschechoslowakei in östlicher Himmelsrichtung. An die deutsch-deutsche Grenze hat damals keiner gedacht.

Dieter Bingen: Helsinki führte zeitweise zu einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Wir sprachen von Edward Gierek und Ihrer persönlichen Beziehung zu ihm und dem gewissen Vertrauensverhältnis, das Sie zu Edward Gierek entwickelt haben. Es ist dann bis zum Ende der 70er Jahre hin zu einer Regelung vor allem auch dieser Ausreiseproblematik gekommen. Sie sind 1977 im November, Frau Professor Süssmuth wies eben darauf hin, als erster deutscher Bundeskanzler in Auschwitz gewesen. Sie haben damals einen wichtigen Vortrag gehalten vor dem Institut für internationale Beziehungen. Und 1979 waren Sie dann ein zweites Mal als Bundeskanzler dort, aber mehr oder weniger privat, im Sommer 1979 in entspannter Urlaubsatmosphäre, wenn das für einen Bundeskanzler privat so möglich ist, und haben darüber berichtet, dass Sie eine derart ausführliche tour d'horizon bis dahin nur mit

westlichen Kollegen erlebt haben, wie Sie sie seinerzeit mit Edward Gierek, auch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jaroszewicz und anderen abgesteckt haben. Und es war sogar im Jahr 1980 noch, im Sommer 1980, dass Sie Edward Gierek nach Hamburg, glaube ich, eingeladen haben, und dieser Besuch musste dann kurzfristig abgesagt werden. Das war am 19. August 1980 schon mitten in der polnischen Streikbewegung.

Das ist für mich ein Stichwort, Herr Schmidt, jetzt im Zusammenhang mit der Frage Helsinki und Korb III und dessen Konsequenzen für die Entwicklung von demokratischen Bewegungen und für die Forderung nach der Verwirklichung von Menschen- und Bürgerrechten. Da gab es zwischen 1980 und 1982 und dem Ende der 80er Jahre die letzte große Auseinandersetzung zwischen dem politischen Realismus, der Entspannungspolitik, die eine Lockerung der Systeme von oben erwartete, und dem, was von vielen von uns als ein unrealistischer Idealismus bezeichnet wurde, der aber bis zum Jahr 1989 zu einem Sieg der Solidarność geführt hat, der Freiheitsbewegung in Polen, in Ostmitteleuropa – nicht möglich ohne Gorbatschow und ohne die Perestroika, das ist unbenommen.

Auf jeden Fall haben die Jahre 1980/81/82 – diese Jahre der Solidarność – eine große Herausforderung auch für das deutsch-polnische Verhältnis bedeutet. Es gab die Frage der Solidarität und einer Politik, die dem Frieden verpflichtet ist, einer Stabilität, die auch für einen deutschen Bundeskanzler verpflichtend war, der eine möglichst positive Entwicklung und möglichst wenig Störung in der Entwicklung von Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Auge hatte. Sie waren also mit einem ganzen Paket belastet, als Sie sich im Dezember 1981 mit Erich Honecker am Werbellinsee trafen. Diese Auseinandersetzung wurde hier am Werbellin sichtbar – und in ihrer ganzen Dramatik die Schwierigkeit für einen deutschen Bundeskanzler, der er unter den damaligen Verhältnissen wahrscheinlich gar nicht aus dem Weg gehen konnte.

Die Frage: Wie konnte Solidarität geübt werden auf der einen Seite, wie konnte auf der anderen Seite aber auch verhindert werden, dass Deutschland, die Bundesrepublik Deutschland, von Moskau als ein Störenfried und als eine Macht angeprangert werden konnte, die als revanchistische, intervenierende Macht in Polen auftrat und für die Konterrevolution kämpft? Eine große Auseinandersetzung, die vorderhand durch die Verhängung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski verhindert worden ist, aber immerhin war die Frage nach der Solidarität gestellt.

Sie haben selbst in Ihrer Bundestagsrede am 18. Dezember 1981 gesagt: *»Ich stehe mit dem ganzen Herzen auf Seiten der polnischen Arbeiter.«*

Und Sie haben im Sommer 1981, noch vor Verhängung des Kriegsrechts, während der Zeit der Solidarność, die große Paketaktion mit anderen Kräften gemeinsam eingeleitet – ein Zeichen tätiger Solidarität ...

Helmut Schmidt: ... auch noch im Winter 1981 ...

Dieter Bingen: ... und noch im Winter 1981, bis 1982, das ging ja noch viel länger weiter – ein Zeichen der Solidarität – und auf der anderen Seite gab es bei Ihnen, was Sie eben angesprochen haben, indirekt auch über die Einschätzung von Edward Gierek, die offensichtliche Befürchtung, dass durch die Entwicklung in Polen eine nicht beherrschbare Situation in Europa entstehen könnte.

Helmut Schmidt: Nein, das war es nicht. Im Laufe des Jahres 1981 hatte unsereins, nicht notwendigerweise die deutsche Öffentlichkeit, aber die Regierung, natürlich Kenntnis von dem bedrohlichen sowjetischen Militäraufmarsch östlich der polnisch-sowjetischen Grenze. Das war ganz leicht zu wissen, weil man das fotografieren kann aus dem Flugzeug. Es waren nicht deutsche Flugzeuge, sondern amerikanische, die Aufklärung geflogen haben. So dass ich im Sommer 1981, das ist nun auch inzwischen tausend Jahre her, und ich bin nicht ganz sicher, ob meine Erinnerung richtig ist, dass ich vom Sommer 1981 an mit der Möglichkeit einer sowjetischen militärischen Intervention in Polen gerechnet habe. So, wie wir es ja doch nun schon zwei Mal erlebt hatten, einmal in Ungarn und einmal in der Tschechoslowakei. Und zweimal war schon das Treffen zwischen Honecker und mir – es war nicht das erste, es war das so-und-so-vielte, das vierte oder fünfte Mal, dass wir miteinander geredet haben –, zweimal war dieses Treffen mit Honecker schon verabredet, und auf meine Veranlassung wurde es verschoben, weil ich besorgt war, in dem Augenblick, wo ich dort zu Besuch bin, passiert der sowjetische Einmarsch. Und nun war das dritte Mal der Termin verabredet, und tatsächlich passierte dann bei diesem dritten Mal der Einmarsch.

Heutzutage nehmen es mir einige der Solidarność-Veteranen übel, dass ich vom Werbellinsee nicht sofort wieder abgereist bin, das nehmen mir noch heute einige Kräfte aus der deutschen Opposition übel, dass ich nicht abgereist bin. Es hätte niemandem genützt und hätte die Situation unnötig dramatisiert. Denn tatsächlich waren die Russen ja eben nicht einmarschiert, sondern im Angesicht der Drohung, so hat es sich mir damals dargestellt, hat Jaruzelski versucht, wir Deutschen hätten gesagt,

den Notstand auszurufen. Der war aber in der polnischen Verfassung nicht vorgesehen. Da war nur der Kriegszustand vorgesehen. Es war ein dummer unerfreulicher Zufall. Und es kam zu der Ausrufung des Kriegsrechts. Übrigens hatte ich das Gefühl, dass die DDR-Delegation, nicht nur Honecker, sondern auch die anderen Minister seiner Regierung, dass die auch überrascht waren. Die waren auch nicht richtig informiert.

Heute sagen mir Historiker, die die Akten angesehen haben, die auch Gelegenheit hatten, sich die sowjetischen Akten anzusehen, da sagen mir einige Historiker heute – sie glauben nicht, dass die Sowjets einmarschieren wollten. Das kommt mir durchaus plausibel vor, aber ich weiß es nicht.

Sie haben vorhin, oder war es Frau Süssmuth, erwähnt, dass wir natürlich auch mit der polnischen Opposition ganz leise und natürlich verschwiegen – wir wollten ja niemanden in Schwierigkeiten bringen – versucht haben, Kontakt zu haben, und Frau Süssmuth hat ein Gespräch mit Kardinal Glemp erwähnt. Ich habe auch versucht, mit dem damaligen Erzbischof von Krakau, das war der spätere Papst, damals war er noch Erzbischof, Kontakt aufzunehmen. Ich habe eine Reise nach Polen mit Fleiß so gelegt, dass auch ein Besuch der Stadt Krakau vorgesehen wurde.

Da hatten die Polen nichts dagegen. Die wussten aber nicht so recht, was ich denn damit wollte. Ich wollte den Wojtyła treffen und hatte ihm einen Boten geschickt: *»Können wir uns nicht zufällig in Ihrer Kathedrale oben auf dem Wawel treffen?«* Und dann hat er zurückgeschrieben: *»Das könnte in Warschau falsch ankommen.«* Das möchte er lieber nicht. Ich konnte den Besuch in Krakau nicht mehr absagen. Er schickte dann seinen Weihbischof, und der hat mir eine Signatur vom Erzbischof Wojtyła, eine Bibel und einen schönen Gruß des Erzbischofs übermittelt. Ich habe ihn dann später als Papst in Rom dreimal besucht.

Also der Versuch war schon da, aber wenn man das hätte publik werden lassen, hätte man die polnischen Gesprächspartner auf das Schlimmste gefährdet. Der Vorwurf, der mir in Deutschland gemacht worden ist, dass ich mich um die Opposition in Polen nicht gekümmert hätte, ist dummes Zeug. Denn jemand, der mit der Opposition geredet hätte, hätte diese Oppositionellen ins Gefängnis gebracht.

Dieter Bingen: Es ist unsere Staatsraison gewesen und möglicherweise oder höchstwahrscheinlich gab es keine Alternative, aber verstehen Sie das moralische Dilemma und dass viele Polen es nicht verstanden haben, dass sich seinerzeit die Solidarität mit der Solidarność-Bewegung politisch nicht äußern konnte?

Helmut Schmidt: Die Solidarität hat sich geäußert in der von Ihnen mit Recht erwähnten Paketaktion, und das auch nach dem Kriegsrecht.

Dieter Bingen: Darf ich noch einmal auf Edward Gierek zurückkommen, aber nur als Beispiel, weil es mich interessiert, dass eine Freundschaft zwischen Ihnen und Edward Gierek entstehen konnte, eine Hochachtung, wie Sie sagen, die das Kriegsrecht überdauert hat? Sie haben Edward Gierek als Privatmann dann noch mal 1986 besucht. Meine Frage: Über welche Charaktermerkmale muss ein Mensch verfügen, damit er eine geschätzte Person oder gar ein politischer Freund von Helmut Schmidt werden und bleiben kann?

Helmut Schmidt: Also politischer Freund war Edward Gierek nicht, aber er war ehrlich, offen und hatte gesunden Menschenverstand. Er verstand nichts von seiner Wirtschaft, das muss ich einschränkend sagen. Aber dass einer Kommunist ist, kann mich doch nicht hindern, ihn für anständig und ehrlich zu halten. Wo kommen wir denn da hin?

Dieter Bingen: Sie haben, Herr Schmidt, jetzt vor wenigen Tagen noch »bei einer Zigarette« und im Zusammenhang mit der Frage von Sinn und Unsinn eines Olympiaboykotts unter anderem gesagt: *»Gleichwohl halte ich fest an dem für jede Regierung geltenden völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates.«* Gibt es für Sie eine Grenze, die nicht überschritten werden darf? Gilt das Prinzip für Sie immer und ohne jede Ausnahme?

Helmut Schmidt: Es mag Ausnahmen geben, aber zunächst mal möchte ich das Prinzip der Nichteinmischung einer Regierung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staats, der seine eigene Regierung hat, hoch halten. Das Prinzip ist ein wichtiger Bestandteil des Völkerrechts seit dem Westfälischen Frieden, seit mehr als 300 Jahren. Es gerät langsam ein bisschen in Schwierigkeiten bei der Vielzahl von militärischen Interventionen in andere Staaten, begründet mit humanitären Motiven. In vielen Fällen sind die humanitären Motive echt, in vielen anderen Fällen vermischen sie sich mit machtpolitischen Motiven, vermischen sich mit innenpolitischen Motiven innerhalb des intervenierenden Staates. Das Prinzip der Nichteinmischung, das ist mir wichtig, und die Ausnahmen könnten passieren, aber so viele Ausnahmen, wie der Papst vor ein paar Tagen vor den United Nations aufgezählt hat, so viele möchte ich nicht gelten lassen.

Dieter Bingen: Wir leben heute in Zeiten, auch im deutsch-polnischen Verhältnis, aber auch in der Europäischen Union, in denen die Einmischung in moderater Art und Weise legitimiert wird. Und im deutsch-polnischen Verhältnis haben wir das in den letzten Jahren ja auch erlebt, teilweise freundlich oder unfreundlich begleitet auch von den Medien und Politikern, die hier und da indigniert oder beleidigt waren, aber insgesamt sind die Beziehungen heute zwischen Deutschland und Polen sehr viel komfortabler. Wir haben nicht mehr die grundsätzlichen Konflikte, die Sie noch haben austragen müssen und moderieren müssen.

Können Sie mit dem Begriff einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa heute etwas anfangen? Der Begriff wurde vor 18 Jahren vom damaligen Außenminister Skubiszewski geprägt, der hat das schon im Februar 1990 gesagt, das heißt zu einer Zeit, als Polen noch Mitglied des Warschauer Pakts war, Mitglied des COMECON – des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe –, zu einer Zeit, als noch zig tausende von sowjetischen Soldaten in Polen und in der DDR standen und freie

Wahlen in der DDR noch gar nicht stattgefunden hatten. Im Februar 1990 sprach er von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa. Mit dieser Aussage war Skubiszewski seiner Zeit wirklich sehr weit voraus, auch der Phantasie von vielen deutschen, aber sicher auch polnischen Politikern voraus, die ja noch sehr stark von Befürchtungen befangen waren im Zusammenhang mit dem Einigungsprozess. Was sagt Ihnen heute der Begriff einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft?

Helmut Schmidt: Ich habe schon damals darüber nachgedacht, nicht erst heute. Und ich habe damals gedacht und würde auch heute dabei bleiben wollen – da kommt es sehr darauf an, wie man das interpretiert. Es gibt ganz sicher eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft, z. B. in Richtung auf die Bewältigung der traditionellen Ressentiments auf beiden Seiten. Das ist unser beiderseitiges Interesse, eine klare Interessengemeinschaft, die nicht von allen Deutschen geteilt wird, aber auch nicht von allen Polen geteilt wird, siehe die Brüder Kaczyński. Aber was das Verhältnis zu dem großen östlichen Nachbarn, der Polen zu den Russen, angeht, da muss man sehr sorgfältig sein, wenn man von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft spricht.

Herr Kaczyński hat gerade seinen Besuch in Georgien gemacht, und er hat sich geäußert zu den Spannungen, die es da gibt zwischen Moskau und Georgien. Damit möchte ich nichts zu tun haben. Und wenn ich die deutsche Regierung wäre, möchte ich damit auch als Regierung nichts zu tun haben. Die Interpretation der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft, die ist entscheidend wichtig.

Wir haben im Prinzip dieselben Interessen zum Beispiel, was die Festigung der europäischen Gemeinschaft, heute genannt Europäische Union, angeht. Die konkrete Ausprägung lässt sehr zu wünschen übrig in den letzten Jahren. Das kann man wohl mit einigem Nachdruck sagen – übrigens nicht nur die polnische oder die deutsche Politik im Rahmen der Europäischen Union. Nehmen Sie nur den Unterschied zwischen der deutschen

und der englischen Außenpolitik. Die Engländer sind in den Irak gegangen und haben Truppen geschickt, und wir haben es nicht getan. Die Franzosen haben es auch nicht getan. All die schönen Sonntagsreden von ich weiß nicht wie vielen Außenministern über eine gemeinsame Außenpolitik haben sich im Jahre 2003 als Geschwätz erwiesen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Sachen Irak hat es nicht gegeben. Komischerweise hat es sie aber nebenan, in Afghanistan, durchaus gegeben.

Im Unterschied zu der heutigen Europäischen Union, der Polen angehört, hatte die Union noch zur Zeit der Maastrichter Konferenz 1992 12 Mitgliedsstaaten. Und die 12 Mitgliedsstaaten hatten untereinander eine Spielregel, die, wenn ich sie mal in einem einzigen Satz zusammenfassen darf, besagte: *»Kein wichtiger Beschluss kann gefasst werden, wenn er nicht einstimmig gefasst wird.«* Das heißt wenn einer »Nein« sagt, heißt das »Nein«. Diese Spielregel hatte schon Jahrzehnte vorher nur teilweise funktioniert. Ich erinnere an den leeren französischen Stuhl, das war 1965 oder 1966. Frankreich sagte »Nein«, und dann war »Nein«. Und die französischen Minister durften auf Weisung von General De Gaulle gar nicht erscheinen. Diese Krise wurde überwunden.

Wir haben manche Krise überwinden können innerhalb der europäischen Integration, aber die Spielregel der Einstimmigkeit, die gilt heute noch. Und in dem Lissaboner Vertrag steht sogar drin, dass sie auf mehr als 70 Sachgebieten gilt, mehr als 70 Sachgebieten. Übrigens ist der Lissaboner Vertrag noch nicht ratifiziert. Der gilt noch gar nicht. Das heißt, wir haben in vielen Fällen in den letzten Jahren erlebt, dass z. B. die Polen eine andere Politik, eine andere »Ja- und Nein-Politik« gemacht haben als die Deutschen. Ich habe das bedauert. Aber das Verhältnis zwischen Warschau und Berlin war nicht so gut, wie es hätte sein können. Sie haben eben gesagt, das sei heute viel komfortabler. Das mag hoffentlich so sein, hoffentlich. Aber vor einem Jahr war es gar nicht komfortabel, überhaupt nicht.

Dieter Bingen: Ist diese bei allem Komfort doch noch teilweise unkomfortable Situation nicht eine besondere Herausforderung für Deutsche und Polen in Europa, weil es ohne Deutsche, ohne Polen, ohne Franzosen den Fortschritt in der erweiterten Europäischen Union nicht geben kann? Und sind dann nicht gerade diese polaren Positionen eine Herausforderung für Deutsche und Polen, einen Kompromiss, nicht nur bilateral, sondern quasi für die Europäer zu finden, wie es die Deutschen und die Franzosen in der Vergangenheit auch öfter gemacht haben?

Helmut Schmidt: Ich würde dem bedingungslos zustimmen. Das Wort Herausforderung klingt mir ein bisschen zu militärisch, ein bisschen zu konfrontativ. Es ist im vitalen strategischen Interesse der polnischen Nation und im vitalen strategischen Interesse unserer Nation dringend geboten, dass die beiderseitigen Ressentiments überwunden werden. Das ist gar nicht so leicht. Weil nämlich die Deutschen insgesamt, 82 Millionen Bürger unseres Staates, weil die Deutschen von der polnischen Geschichte gar nichts wissen. Bestenfalls haben sie was von den drei Polnischen Teilungen gehört im 18. Jahrhundert, und wenn es hochkommt, dann haben unsere Abiturienten außerdem gehört von dem Pakt zwischen Adolf Nazi und Stalin und vielleicht haben sie dann auch noch gehört von der zwangsweisen Verschiebung der polnischen Nation von dem Osten Mitteleuropas in Richtung auf Mitteleuropa bis an die Oder und an die Neiße. Und das ist aber dann alles, was die Deutschen wissen. Die Polen jedenfalls, die durch die Schulen und durch die Universitäten in Polen gegangenen Leute, wissen etwas mehr über die deutsche Geschichte.

Das Schlimme ist, dass Nachbarn von einander immer wissen, was der andere Nachbar ihnen Böses in den vergangenen Generationen zugefügt hat. Im Falle der Deutschen und der Polen im Laufe von zwei Jahrhunderten, was sie sich Böses zugefügt haben, meistens waren die Deutschen die Bösen. Ich werde nie vergessen, vorhin wurde der Besuch in Auschwitz erwähnt, wie an dem Abend Herbert Wehner zu mir sagte: *»Man muss die Polen schon deswegen lieben, weil sie am meisten gelitten haben.«* Diesen Satz werde ich nie vergessen. Weil er richtig ist, wenn ich davon absehe, dass die Juden noch mehr gelitten haben. Aber von den souveränen Völkern, für die war der Satz von Wehner richtig.

Die Polen haben entsetzlich gelitten unter den Österreichern, den Preußen und den Russen. Sie sind umgeben gewesen von Großmächten, deren sie sich nicht wirklich haben erwehren können. Es fällt den Deutschen natürlich schwer, weil sie sich das alles nicht richtig vorstellen können.

Dann fällt es den Deutschen schwer zu verstehen, warum die Polen die Vereinigten Staaten von Amerika immer als Hort der Freiheit gesehen haben. Das tun sie aber, tun sie heute noch. Denn die Amerikaner waren daran nicht beteiligt, an diesen Teilungen Polens, an diesen Verschiebungen des ganzen Volkes, an dem Rausschmeißen der Deutschen auch nicht beteiligt. Das ist der innere Grund für diese Affinität, die die polnischen Politiker gegenüber Amerika empfinden. Eine Affinität gegenüber den Deutschen ist relativ selten in Polen. Auf deutscher Seite, eine Affinität gegenüber Polen ist noch seltener. Machen wir uns nichts vor.

Dieter Bingen: Aber um so überraschender ist es, dass die Haltung einer großen Mehrheit der Bevölkerung in Polen gegenüber den Deutschen eigentlich relativ entspannt ist, und dass sie eigentlich von den Deutschen in Europa am meisten erwarten, nach den Umfragen, die regelmäßig in Polen durchgeführt werden, auch in den letzten Monaten und Jahren, auch in der Zeit der Vorgängerregierung von Ministerpräsident Tusk war es so, dass Deutschland, vielleicht mit einer Unterbrechung von wenigen Monaten, als das Land bezeichnet wurde, von dem Polen am meisten Solidarität innerhalb der Europäischen Union erwartet. Das heißt also eine ganz herausragende Rolle, nicht unbedingt, dass sie die Deutschen lieben, aber sie wissen, was sie an ihnen haben, wenn die Deutschen sich mit Polen beschäftigen und ihre europäische Politik in Brüssel im deutsch-polnischen Verhältnis auch wahrnehmen. Das ist vielleicht nicht eine einseitige Liebe, aber eine einseitige Akzeptanz.

Sie sprachen davon, Herr Schmidt, dass eben in Deutschland das Wissen um die Geschichte so gering ist. Aber das, was Herbert Wehner Ihnen gesagt hat, kann heute wahrscheinlich in der jungen Generation, wahrscheinlich auch in der jüngeren Generation der Politiker, kaum noch vermittelt werden. Das heißt, sie sprechen vor allem von einer Generation, die diese Zeit erlebt hat, in der man auch daran erinnern kann und die die große Aufgabe hat, einer jungen Generation in Deutschland, in Polen und anderswo zu vermitteln, dass es eine Verantwortung gibt, ohne dass die Frage der persönlichen Schuld hier noch eine Rolle spielen kann. Und vieles von dem Ungleichgewicht ist in den Diskrepanzen sichtbar geworden, die es zwischen Deutschland und Polen gab in den letzten Jahren.

Wenn Sie auf die Zeit nach 1990 zurückblicken, sind die Deutschen gegenüber Polen, wenn wir so pauschal von »den Deutschen« sprechen können, nicht eigentlich grundsätzlich etwas überheblich oder besserwisserisch geblieben? So wie es auch in der Zeit der letzten 200 Jahre war, auf die Sie geblickt haben, wo es nicht um Besserwisserei, sondern um eine bestimmte Politik ging? Zum Beispiel war nach der Veröffentlichung des Briefs der Acht die Kritik, in der es um die Solidarität mit den Vereinigten Staaten im Irak-Konflikt ging, die Kritik, in manchen Fällen die Häme, gegenüber Polen viel stärker als gegenüber anderen Unterzeichnern wie Großbritannien mit Tony Blair, Spanien oder Italien, stärker auch als gegenüber den Ungarn und den Tschechen, die auch mit unterschrieben haben. Ist das auch ein Zeichen des Mangels an Respekt gegenüber Polen? Erwarten manche von Polen nicht doch die eine oder andere Art von Gefolgschaftsverhältnis, oder sehe ich das ganz falsch?

Helmut Schmidt: Das, glaube ich, kann man wirklich nicht behaupten. Aber richtig ist, dass in der Mehrzahl bei uns in Deutschland nicht genug Kenntnisse vorhanden sind über Polen, weder über die polnische Geschichte noch über die polnische Wirtschaft noch über die polnische Literatur. Wenn es hochkommt, dann hat ein gebildeter Deutscher schon mal was von Pan Tadeusz gehört von Mickiewicz und hat irgendwas gehört über Sienkiewicz, über Quo vadis, und dann hat er noch was gehört über Chopin, aber da ist er nicht ganz sicher, der Name klingt so französisch, vielleicht ist das in Wirklichkeit ein Franzose? Das sind die deutschen Kenntnisse über Polen. Die sind schrecklich gering. Allerdings, bitte sehr, die deutschen Kenntnisse der russischen Geschichte sind auch nicht größer. Und wenn wir unseren Nachbarn hier im Norden nehmen, die deutschen Kenntnisse über die Geschichte Dänemarks oder Hollands oder Frankreichs sind auch nicht viel besser.

Ich erinnere mich, als ich ein kleiner Steppke war von acht Jahren, mein Großvater, der war Stauereiarbeiter im Hamburger Hafen, der hat mir die schrecklichsten Geschichten über die Franzosenzeit in Hamburg erzählt, die lag ein halbes Jahrhundert vor seiner Geburt, aber das wusste er ganz genau, wie schlimm die Franzosen sich hier benommen haben. Das hat er mir erzählt. Und so ist es in allen europäischen Völkern. Das, was der böse Nachbar uns angetan hat, das wissen wir ganz genau. Was wir ihm angetan haben, das wissen wir schon weniger, und ansonsten wissen wir über ihn nicht viel.

Die Deutschen haben sehr viel mehr Nachbarn als irgendjemand sonst in Europa. Wir haben neun unmittelbare Nachbarn, das heißt, die unmittelbar an unsere Grenzen angrenzen. Aber außerdem sind die Italiener unsere Nachbarn, die Russen sind unsere Nachbarn, die Engländer sind unsere Nachbarn. Und wir wissen über sie ganz wenig. Es sind nicht nur Geschichtskenntnisse, die fehlen. Es fehlen uns auch Kenntnisse der heutigen Situation, z. B. sagen wir in der Lombardei oder z. B. in Brünn oder z. B. in Bratislava. Die Deutschen sind Weltmeister im Auslandsreisen mit TUI, aber sie lernen über unsere Nachbarn fast gar nichts. Sie erzählen sich gegenseitig, wo die schönsten Strände sind in Spanien, in Italien, in der Türkei, aber über die Türken wissen sie nichts und über den Islam wissen sie auch nichts.

Die Deutschen haben es nötig, sich mit diesen vielen Nachbarn zu beschäftigen. Die Franzosen, ein ganz großer Flächenstaat, haben ganze fünf Nachbarn und zu dem einen ganz wichtigen Nachbarn Spanien – da sind die Pyrenäen dazwischen, nur die Basken sind auf beiden Seiten,

ansonsten weiß man voneinander nicht so schrecklich viel. Aber die Deutschen haben sehr viel mehr Nachbarn. Es gibt nur noch drei Großstaaten der Welt, die so viele Nachbarn haben: Brasilien, Russland, China. Das ist es. Aber die Konsequenz, dass man mit seinem Nachbarn, wenn man mit ihm in Frieden leben will, mit ihm sich beschäftigen muss, das ist doch schon im Reihenhaus so. Ich habe im Reihenhaus rechts einen Nachbar, und links im Reihenhaus ist auch ein Nachbar und wenn der Nachbar mich irgendwie schief anguckt, dann gucke ich schief zurück, aber das sind bloß zwei Nachbarn im Reihenhaus, einer links und einer rechts. Und wir haben neun unmittelbare und vier weitere, die ganz groß und wichtig für uns sind. Und die Amerikaner sind auch wichtig. Und die Chinesen sind auch wichtig.

Aber wir sind ja wir. Wir kümmern uns um unseren eigenen Urlaub, um unsere eigenen Rentenprobleme und das ist es. Das ist im Verhältnis zu Polen ganz besonders verbesserungsbedürftig. Das war der Grund, weswegen ich mich damals vor tausend Jahren auch ein bisschen um Ihr Institut gekümmert habe, weil ich das für besonders wichtig halte. Mit Frankreich ist es zwar auch schwierig, aber nicht entfernt so schwierig wie mit Polen. Das ist aber unsere Sache. Wir haben gar keinen Grund, den Polen irgendwelche Vorwürfe zu machen oder irgendwelche Vorhaltungen zu machen. Wir müssen aufpassen, dass die Polen nicht zu viel von uns verlangen, zu viel erwarten, was wir nachher nicht erfüllen können.

Dieter Bingen: Was erwarten Sie von den Polen? Oder von Polen in Europa?

Helmut Schmidt: Was ich mir wünsche, dass ihre Wirtschaft blüht und wächst und gedeiht. Das wünsche ich mir für die Polen. Für uns ist das nicht so schrecklich wichtig, aber für die Polen ist das wichtig. Sie werden sich erinnern, als Sie Ihren Dienst angetreten haben beim Deutschen Polen-Institut, habe ich versucht, das Institut von der Beschäftigung mit polnischer schöner Literatur ein bisschen umzuorientieren auf die ökonomischen Probleme, die Polen zwangsläufig hat, nach einem halben Jahrhundert kommunistischer Misswirtschaft zwangsläufig heute noch hat, haben muss. Die realen Löhne in Polen sind deutlich niedriger als bei uns, und es ist eine gewisse Gefahr darin, dass Polen eine verlängerte Werkbank deutscher Konzerne wird. Sie liefern Pressteile, liefern Blechteile, liefern Gussteile, Flachschleifteile, Rundschleifteile, was weiß ich, aber keine Hightech-Teile.

Dieter Bingen: Polen ist, wenn man die neuesten Zahlen zur Hand nimmt und auch die Erfahrung, die im Bereich der Wissenschaften gemacht wird, auch Naturwissenschaft und Technikwissenschaft, auf einem guten Weg, dass man ihnen wohl sagen kann, dass die Entwicklung des Landes auf gutem Wege ist, wobei der Ausgangspunkt ein sehr niedriger gewesen ist.

Helmut Schmidt: Der Intelligenzquotient der Polen ist genau so hoch wie der der Deutschen, siehe Kopernikus. Der Intelligenzquotient ist derselbe, aber was noch immer fehlt, ist Ausbildung und Entfaltung der angewandten Wissenschaft. Das möchte man ihnen am allermeisten wünschen, einschließlich alles dessen, was unter Ingenieurwissenschaften fällt.

Dieter Bingen: Nun hat Polen ja im 20. Jahrhundert die herausragendsten Mathematiker gehabt und ist heute auch wieder auf dem Weg. Wie

Sie sagen, ist noch viel zu tun, aber die Löhne sind auch in Polen gestiegen, sehr stark gestiegen, und es gibt auch in Deutschland sehr schwache Regionen. Wenn man es ganz lokal und regional betrachtet, gibt es sogar eine umgekehrte Entwicklung, die ein Ausgangspunkt sein kann, wenn man an die pommersche Landschaft denkt, auf der deutschen Seite, gegenüber Stettin. Es gibt jetzt mehrere hundert, ich weiß nicht, ob es über tausend polnische Bürger sind, die zumindest die Absicht haben, auf Dauer in Deutschland zu leben, in Deutschland Geschäfte, ein Gewerbe, eine Praxis aufzumachen, und es gibt eine Nachfrage nach ihnen. Und zum großen Teil ist offensichtlich auch eine Akzeptanz der Polen unter den Deutschen anzutreffen, es gibt da natürlich immer wieder Ausreißer, Radikale, die dann auch die Schlagzeilen machen in der deutschen und in der polnischen Presse. Aber es ist eine Entwicklung, die hoffnungsvoll stimmt, dass es zumindest in bestimmten deutschen Grenzregionen eine Entwicklung gibt, die von Polen kommt.

Heute Vormittag waren Frau Süssmuth und ich auf einer Konferenz der polnischen und deutschen Wissenschaftler, und da ist auch von den deutschen Naturwissenschaftlern gesagt worden, dass sie mit sehr vielen polnischen Wissenschaftlerkollegen hier in Deutschland, in den großen Forschungszentren zusammenarbeiten. Wir erwarten, dass auch in Polen neue Forschungszentren, die zum Teil ja auch mit Geldern der Europäischen Union entwickelt werden, entstehen. Polen ist auf dem Weg zum Partner, der akzeptiert wird, der Mitglied der Europäischen Union ist und nicht mehr mit den Problemen beladen, die die deutsch-polnischen Verhältnisse auch in den 50er und 60er Jahren belastet haben.

Deshalb eine letzte Frage noch an Sie, Herr Schmidt: Wenn wir an die Europäische Union denken und den Platz Polens in der Mitte Europas und die Personalwechsel, die es demnächst mal geben wird in der Europäischen Union: Können Sie sich ganz konkret einen polnischen Politiker beispielsweise als EU-Kommissionspräsident, als Nachfolger von Manuel Barroso oder als eine Art Außenminister der Europäischen Union, in der Nachfolge von Javier Solana, vorstellen, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch?

Helmut Schmidt: Theoretisch kann ich mir das vorstellen, praktisch fehlt es mir an Kenntnis des heute zur Verfügung stehenden Personals. Aber ich möchte Sie warnen vor der Vorstellung, dass ein europäischer Außenminister irgendeine Bedeutung haben würde. Er hat mit Sicherheit keine Bedeutung. Denn mit ganz großer Sicherheit wird weder England

noch Frankreich noch Deutschland noch Österreich noch Luxemburg seinen eigenen Außenminister aufgeben. Mit ganz großer Sicherheit wird niemand seinen Botschafter in Washington und niemand wird seinen Botschafter in Moskau aufgeben, damit die Europäische Union gemeinsam vertreten wird, nicht einmal im Weltwährungsfonds kriegen sie das fertig, gemeinsam aufzutreten. Macht Euch da keine Illusionen. Das dauert noch viele Jahrzehnte.

Was wir bisher erreicht haben, ist angesichts der europäischen Geschichte der letzten eintausend Jahre ein unglaublicher Fortschritt. Wir haben Frieden in Europa. Es hat kein Jahrhundert gegeben, in dem in Europa Frieden geherrscht hätte. Wir haben einen unglaublichen Erfolg, aber wir wollen ihn auch bitte nicht überschätzen. Bis wir zu einer gemeinsamen Außenpolitik kommen, wird wahrscheinlich noch ein halbes Jahrhundert vergehen, wenn es überhaupt erreicht wird. Die Kommission besteht heute aus 27 Kommissaren. Stellen Sie sich mal eine Firma vor, deren Vorstand eine Aktiengesellschaft, eine DAX-Gesellschaft mit 27 Vorstandsmitgliedern ist, und jeder hat ein Veto-Recht, du lieber Gott.

Wir haben uns ganz schön verfahren. Und das wieder in Ordnung zu bringen, das dauert Jahrzehnte. Vielleicht kommt uns ein Ereignis draußen in der Welt, das uns zwingt, eine Krise, zu Hilfe. Da wachsen ja Kräfte in Krisen, es könnte ja sein, aber wahrscheinlich ist es nicht. Wünschen möchte ich mir die Krise auch nicht.

Ich denke, wir sollen die Europäische Union nicht überschätzen. So weit ich sehen kann, wird das 21. Jahrhundert nach wie vor ein Jahrhundert der Nationalstaaten sein, weder werden die Polen ihre Sprache aufgeben noch die Deutschen noch die Italiener noch die Tschechen. Niemand will seine Sprache aufgeben. Alle werden sie inzwischen lernen, Englisch zu sprechen, und unsere Enkel werden lernen, chinesisch jedenfalls zu lesen, aber keiner will seine nationale Identität aufgeben. Das ist so. Und es sind eigentlich im Wesentlichen deutsche Idealisten, die darüber hinausgehen wollen. Als heute vor 150 Jahren Victor Hugo in Paris die Vereinigten Staaten von Europa verlangt hat, das war 1849 oder 1848, da war so ein idealistischer Impetus, aber selbst Victor Hugo hätte nicht im Traum daran gedacht, die französische Sprache aufzugeben und den französischen Außenminister aufzugeben zugunsten irgendeines Außenministers, käme er nun aus Portugal oder Polen oder sonst woher. Das ist zu viel verlangt.

Man kann es verstehen, dass die Deutschen nach der Nazi-Zeit und nach zwei Weltkriegen, mindestens den zweiten haben wir allein auf

dem Gewissen, dass die Deutschen zu solchen Idealen neigen, aber Gott sei Dank sind die anderen Nationen Europas etwas realistischer als einige der Deutschen. Was den Deutschen Not tut, ist mit dem Nachbarn, mit dem unmittelbaren Nachbarn am allermeisten, freundschaftlich umzugehen, und im Übrigen ein bisschen mehr Bescheidenheit, als wir manchmal aufbringen.

Dieter Bingen: Herr Schmidt, das war ein schönes letztes Wort. Ich danke Ihnen recht herzlich für das Gespräch.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie gemeinsam mit dem Goßlerhaus und der ZEIT-Stiftung herzlich zu einem Umtrunk ein, zu einem Zusammensein und vielleicht zu einer Nachlese dessen, was wir eben gehört haben. Danke schön für Ihr Interesse.

Das Goßlerhaus in Hamburg

Viertes Gespräch am Kamin
Goßlerhaus, Hamburg

Herausgegeben
vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt e. V.
Redaktion: Jutta Wierczimok

Gefördert von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Fotos: © Thies Ibold, Hamburg
Graphic Design: Regina Schüle
Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH Darmstadt
Darmstadt 2008

ISSN 1612-3808